



„Demokratieförderung

und Partizipation geflüchteter Menschen in Gemeinschaftsunterkünften“

Fachpolitischer Kommentar

Prof. i.R. Dr. Franz Hamburger

Das große Demokratieförderungsprogramm der vorherigen Regierungskoalition ist in ganz unterschiedlichen Formen ganz unten, in den Gemeinden, angekommen. Die Projektlandschaft ist sehr heterogen, man findet kreative und konventionelle Projekte nebeneinander. Das Mainzer Projekt hat sich eine Ausgangssituation ausgesucht, in der demokratische Teilhabestrukturen recht unwahrscheinlich sind. Aber der Anspruch ist ernst gemeint. Deshalb wird nur aufmerksam zu beobachten sein, welche Vertretungsstruktur entsteht und wie eine Einzelkämpferin mit einer halben Stelle in einer unübersichtlichen Lage handeln kann, sondern vor allem, wie demokratisch die „gewachsene“ Infrastruktur der Einrichtungen sich an dem Aufbau demokratischer Verhältnisse einlässt.

Gemeinschaftsunterkünfte für Flüchtlinge sind eine Einrichtung besonderer Art. Menschen aus allen Teilen der Welt kommen zusammen, kennen sich nicht, sind sozialstrukturell und demografisch höchst heterogen, haben durchaus auch gegensätzliche Interessen und entwickeln ganz unterschiedliche Bewältigungsstrategien. Gerade bei den Bewältigungsstrategien gibt es gute oder schlechte Auswirkungen auf das Zusammenleben. Wer Abwehr gegen die Welt außerhalb der Einrichtung entwickelt, verstört diejenigen, die sich gerade in diese Welt integrieren und daran teilhaben wollen.

In den Einrichtungen gibt es drei Akteure, die für das Projekt einen relevanten Rahmen bilden. Die Security hat Macht und kann sich durchsetzen. Ihre Interpretation der Konstitutionsregeln kann durchgesetzt werden. Hinter ihr steht im Zweifelsfall die kommunale Ordnungsmacht, die an friedlichen Zuständen interessiert ist. Es handelt sich um „kommunale Unterkünfte“, für die niemand sonst „den Hut aufhat“. Sie weiß aber auch, dass eine aktive Bewohnerschaft eine bessere Integrationsperspektive hat als wenn es sich um eine passive Menge handelt, die sich versorgen lässt.

Die Betreuungseinrichtungen arbeiten zum Wohl der Bewohner in allen von diesen artikulierten Fragen auf der Grundlage einer Vereinbarung mit der Stadt. Mehr ist darüber nicht bekannt. Die Betreuungsarbeit, die ja nicht als Soziale Arbeit etikettiert ist, ist nicht einfach. Dies schreibt jemand, der zur Zeit, als Malu Dreyer Sozialdezernentin in Mainz war, die Richtlinien für die Betreuung in Flüchtlingsunterkünften mitberaten hat. „Betreuung“ ist nicht „demokratische Aktivierung“, aber sie ist



methodisch, politisch und ethisch an die Prinzipien der Demokratie gebunden. Deshalb ist Zusammenarbeit, Offenheit und Transparenz zu erwarten. ebenso kann erwartet werden, dass dies vom Partner der Betreuungsvereinbarung abgesichert wird. Ansonsten müssen die Betreuungseinrichtungen mit ihrem schwierigen Geschäft selbst zurechtkommen.

Der dritte Akteur sind die Bewohner in ihrer absoluten Heterogenität. Sie sind Adressaten des Projekts. Sie sollen nicht „bearbeitet“ werden, ihnen soll nichts „beigebracht“ werden, denn es geht um ein Vorhaben in die Demokratie hinein und dies kann selbst nur demokratisch gestaltet werden. Sie sollen auch in den Schritten des Arbeitsprozesses zumindest Gehör finden, wenn nicht aktiver partizipieren können. Theoretisch betrachtet, ist dies unwahrscheinlich. Aber so ist es mit der Demokratie. Man braucht viel Geduld, Klarheit in der eigenen Orientierung und Stehvermögen in schwierigen Situationen. So betrachtet hat das Projekt schon viel erarbeitet und verdient demokratisch engagierte Fortsetzung und überzeugende Unterstützung.